

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verantwortlicher: Tagesblatt Riesa.
Sensur Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kuratorkommission beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postkontonummer: Dresden 1590
Strolache Riesa Nr. 32.

Nr. 28. Freitag, 2. Februar 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1.000.— Mark einchl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 110.— Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%. Kuchschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20.— Mark. Feste Tarife, Bewilligung Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verlässlich, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt, weitere Bestimmungen über die Zulassung zum Musikunterricht zu erlassen. Hierzu bedarf es einer Uebersicht über die vorhandenen Musikschulen und Vorkurskapellen. Die in den Orten des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks vorhandenen Musikunterricht erteilenden Verantwortlichen oder Inhaber von Musikschulen des Vorkurskapellen werden daher aufgefordert, sich ausgehend von dem 10. Februar 1923 bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft zu melden. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß die Weiterführung einer Anstalt des Musikunterrichts von Musikunterricht unterliegt werden kann, wenn die Meldung unvollständig oder unrichtige Angaben gemacht werden. Großenhain, am 29. Januar 1923. 17 D. Amtshauptmannschaft.

der Querkreisen mit der Biffer 1 für die 1. Woche
: : : : 2 : :
: : : : 3 : :
: : : : 4 : :
Jede Vorausbestellung der Brotkarten seitens der Bäckerinhaber und Mehl-Feinhändler ist verboten. Eine Vorausbestellung hat, abgesehen von den kraftrechtlichen Folgen, für die Inhaber der Bäckereien und Mehlhändler auch finanzielle Nachteile zur Folge, da für die Vorausbestellung Brotmarken bei etwa im Laufe der Brotkornreihe eintretenden Preisänderungen bez. bei den diesfalls anzuordnenden besonderen Markenablieferungen kein Mehl zugewiesen oder mindestens die entsprechende Mehlmenge mit dem Preisunterschied belastet wird. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt VIII der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft. Großenhain, am 1. Februar 1923. 1823 I. Der Kommunalverband.

Brot- und Mehlversorgung im Erntejahr 1922/23 betr.
Unter Bezugnahme auf Biffer 2 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 — Nr. 186 des Großenhainer, Nr. 186 des Rieser und Nr. 94 des Radeburger Amtsblattes — wird folgendes verordnet, bez. bekanntgegeben:
Von der ab 30. Januar 1923 laufenden Brotkornreihe an sind die einzelnen Abschnitte der Querkreisen der Brotkarten mit den Biffern 1, 2, 3, 4 verbunden. Jeder Querkreis hat Gültigkeit je für eine Woche des Brotkornreihenabschnitts, und zwar

Zuckerversorgung.
Abschnitt D der Zuckerkarte verliert mit Ablauf des 5. Februar 1923 seine Gültigkeit. Die Inhaber der vom Kommunalverband bisher ausgeteigten Zuckerkarten haben von jetzt ab keinen Anspruch mehr auf Belieferung mit Zucker aus der ersten Januarrate. Großenhain, am 1. Februar 1923. 41aIXZ. Der Kommunalverband.

Vertilches und Sächsisches.

Riesa, den 2. Februar 1923.
— **Beamtenjubiläum.** Am 1. Februar feierte Herr Eilendobnerinspektor und Stadtordeener Eröger sein 25jähriges Beamtenjubiläum. Möge dem Jubilar noch ein langes Wirken in seinem Amt zum Wohle der Allgemeinheit verbleiben.
— **Diebstahl.** Am 30. 1. 1923, nachm. in der 1. Stunde, ist in dem Gausrundstück, hier, Bismarckstraße 11a, eine unbekannte Person erschienen, die nach Unterquartier angefragt, aber solches nicht erhalten hat. Kurze Zeit darauf, nachdem der Unbekannte die Wohnung in dem genannten Hausgrundstück wieder verlassen hat, hat die Wohnungsinhaberin bemerkt, daß ihr ein Kaufmarktschein gestohlen worden ist. Es wird vermutet, daß der Unbekannte nur deshalb nach Unterquartier anfragt, um bei dieser Gelegenheit Diebstähle ausführen zu können. Der Unbekannte stellt eine bessere Person dar und ist mit Smotlingangus bekleidet gewesen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß der Unbekannte auch an anderen Stellen aufgetreten ist, werden sachdienliche Mitteilungen an die Polizei erbeten.
— **Zur Bekämpfung der Schlemmerei und des Alkoholmißbrauchs** wird im Anschluß an das hierüber erlassene Rundschreiben des Reichsanwalters vom 16. Januar vom sächsischen Wirtschaftsministerium folgendes verordnet: 1. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Erlaubnis zum Branntweinschank in allen sächsischen Orten vom Nachweis eines Bedürfnisses abhängig ist. Soweit etwa in einzelnen Orten mit mindestens 15 000 Einwohnern der Bedürfnisnachweis für den Ausschank aller oder einiger geistigen Getränke noch nicht durch Ortsgesetz eingeführt worden sein sollte, wird diese in den übrigen Orten Schankens schon bestehende Regelung sofort zu treffen sein, damit nicht noch vor dem in Kürze zu erwartenden Erlaß des Schankengesetzes seinem Zwecke zuwider neue Schankstätten errichtet werden können. 2. Nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen in allen Orten Schankens ausnahmslos ein Bedürfnis nach Errichtung neuer Schank- oder Tanzstätten oder nach Ausdehnung bestehender auf Räume, für die bisher nicht Schanklaubnis erteilt war, zu verneinen und die Erteilung neuer oder die Ausdehnung bestehender Schank- oder Tanzkonzessionen demgemäß durchgängig zu verweigern. 3. Die Zahl der vorhandenen Schankstätten wird nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums zur Zeit das Bedürfnis nach solchen in den meisten Orten übersteigen. Es wird daher jede Gelegenheit zu benutzen sein, in der die Uebertragung einer bestehenden Schanklaubnis ohne beträchtliche Schädigung des bisherigen Inhabers und seiner Angehörigen und Angehörigen, sowie des bisherigen Hausbesitzers verlagert werden kann. Diese Möglichkeit erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen insbesondere dann gegeben, wenn die bestehenden Schankstätten erst nach dem Kriege erteilt worden ist oder wenn eine Schanklaubnis zum ersten Male übertragen werden soll oder wenn eine Verwertung der Schankräume zu anderen geschäftlichen Zwecken ohne wirtschaftlichen Schaden möglich ist. In dieser Hinsicht werden die Organisationen der Orte und ihrer Angehörigen oft wertvolle Fingerzeige geben können. 4. Die Bestimmungen über die Übernahme der Schanklaubnis — § 28 Abs. 2 der Gewerbeordnung — sind mit ungeschicklicher Eile zu handhaben und die in irgendeiner Hinsicht verdächtigen Schankstätten zu diesem Zwecke sofort zu beschlagnahmen. Nach den bisherigen Erfahrungen kann hierdurch eine große Anzahl von Branntweinrenten, Vikaraten, Dielen, Bars usw. ein Ende gemacht werden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß ein einziger schwarzer Fall der Förderung der Bällerei oder der Unfähigkeit zur Konfessionserklärung genügen kann, a. B. die Abgabe geistiger Getränke an offensichtlich Betrunkene, die Förderung Kergerneis erregender Schlemmerkellen, die Abgabe geistiger Getränke in alkoholfreien Schankstätten, insbesondere aber der sogenannte Kaminbetrieb und die absichtliche Verletzung der polizeilichen Vorschriften über Verkaufsstellen, Branntweinschank usw. Das zehrbare Gastwirtschafts-gewerbe wird ein solches Einschreiten nur begründen. 5. Soweit frühere Wohnräume ohne die erforderliche Genehmigung für Schankbetriebe (a. B. als Dielen, Bars usw.) verwendet werden, ist ihre Rückumwandlung in Wohnräume auf Grund der Bundeswohnungsordnung zu veranlassen. 6. Das Gesagte wird im allgemeinen auf den Kleinhandel mit Branntwein angewandt.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 39 700 Mark.

fein, soweit die Anerkennung eines Bedürfnisses oder eine Entschädigung wegen Rücknahme der Erlaubnis in Frage kommt. 7. Das Wirtschaftsministerium erwartet, daß diese Verordnung von allen Behörden und Gemeinden genau beachtet wird. Sie tragen allein die Verantwortung, wenn nach dieser Verordnung an hindernde Mißstände bei der Allgemeinheit berechtigten Anstoß erregen.
— **Ministerpräsident** hat sich in Potsdam über das Friedensbildnis von Versailles. Dabei kam er auch auf die Lage in Sachsen zu sprechen und sagte u. a.: Nach dem Sturz der jetzigen Regierung werde sich zeigen, ob die bürgerlichen Parteien sich zeichnen, die Jäger der Regierung in die Hand zu nehmen. Es seien aber nicht die Kommunisten allein, die innerpolitische Schwierigkeiten hervorruften, auch in München sei ein Gefahrenherd, der die Reichseinheit bedrohe, die Radikalkräfte der Nationalsozialisten unter Püsters Führung. — Der Ministerpräsident schloß mit der Aufforderung zu reger Beteiligung an der Aktion im Ruhrgebiet.
— **Keine Standeschulen.** Das Kultusministerium läßt durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei bekannt geben: Um die mit den Seminaren verbundenen Uebungsschulen der Bekämpfung in § 4 Abs. 1 des Uebungsgesetzes für das Volksschulwesen, wonach die Volksschulen als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Schulbezirks ohne Unterschied des Vermögens einzurichten sind, anzugleichen und dem wiederholt gegen sie erhobenen Vorwurf, daß sie Standeschulen seien, zu begegnen, hat das Kultusministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts die Seminarleitungen angewiesen, schon für die Schuljahre 1923/24 mit den bisherigen Schulverordnungen wegen Zulassung eines Aufnahmebezirks in unmittelbarer Umgebung des Seminars in Verbindung zu treten und Kinder dieses Bezirkes ohne Unterschied des Vermögens und Standes der Eltern aufzunehmen.
— **Sachsen und das Deutsche Volksoffer.** Die Staatskanzlei teilt mit: Von der Bildung eines besonderen sächsischen Bundesauschusses für das Deutsche Volksoffer hat die sächsische Regierung vorläufig Abstand genommen. Es wird daher ersucht, die im Freistaat Sachsen von den Sammelstellen eingenommenen Beiträge dem Reichsbankgironummer des Deutschen Volksoffers zu überweisen. Die Spenden werden von einem Vertrauensaus-schuss verwaltet und verwendet, der unter dem Vorsitz des Reichsanwalters zusammentritt.
— **Entfäuerung der landwirtschaftlichen Böden.** Die in letzter Zeit immer häufiger festgestellte Bodenverfäuerung macht genügende Kalkung nötig. Zur vollen Abhilfe ist aber genaue Feststellung des Säuregrads notwendig. Diese Untersuchung erfolgt zweckmäßig in sachwissenschaftlich geleiteten Instituten, die speziell auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft eingerichtet sind und in hiesiger Beziehung mit ihr stehen. Dies sind die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten. Denn es handelt sich dabei nicht lediglich um geologische Fragen, sondern um Veräuf-tlichung agrarwissenschaftlicher und biologischer Vorgänge im Ackerboden. Nur so können die Landwirte neben der Feststellung des Säuregrads oder der vorhandenen Bodensäure sachliche Auskunft über die Ausführung der im einzelnen Fall zweckmäßigen Art der Kalkzufuhr und sonstige Beratung über den Düngezustand erhalten. Mit dieser Aufgabe ist im Freistaat Sachsen die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt, Dresden-K., Stübels-Allee 2, betraut. In dem Zwecke der Untersuchung des Säuregrads und der Bodensäure ist eine gute Durchschnittsprobe von dem in Frage kommenden Felde in Menge von 2 bis 5 Kilogramm erforderlich.
— **Brandgefahr und Gebäudeversicherung.** Der Verband sächsischer Industrieller schreibt: Nach immer besteht in Sachsen der gefährliche Zustand, daß die Gebäude nicht ausreichend versichert sind, sobald bei Brandschäden der Wiederanbau häufig fraglich erscheint. Von Seiten des Verbandes sächsischer Industrieller ist seit Jahresfrist gefordert worden, daß diesem volkswirtschaftlich höchst bedenklichen Zustand durch Einführung einer obligatorischen Bauversicherung abgeholfen wird. Demgegenüber stellte sich die sächsische Brandversicherungskammer und, wie kürzlich aus einer Veröffentlichung der sächsischen Staatskanzlei ersichtlich war, auch die sächsische Regierung, auf den Standpunkt, daß eine solche Bauversicherung nur freiwillig durchgeführt werden könnte. Es leuchtet aber ein, daß durch eine solche freiwillige Bauversicherung in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen eine volle Schadensbedeckung nicht

eintreten kann und daß es ein Widerspruch an sich ist, wenn, wie in Sachsen, eine Zwangsversicherung für die Gebäude durch eine freiwillige Mehrversicherung ergänzt werden soll. Das hat man auch anderweit erkannt, da überall, auch da wo staatliche Zwangswirtschaft besteht, die Notversicherung ebenfalls zwangswweise durchgesetzt wird. So besteht beispielsweise in Oesterreich eine Anordnung, nach der die Prämiennach dem Bedarf auf dem Wege des Umlageverfahrens für den Versicherten erhoben werden, worauf im Brandfälle auch volle Schadensvergütung erfolgt. Der Versicherte hat allerdings nachzuweisen, ob die Friedenseinrichtung seines Gebäudes ausreichend war, weil die sämtlichen Bauteilungsanschläge bis zur vollen Schadensbedeckung auf Grund dieser Friedenseinrichtung erreicht werden. Wenn man bedenkt, wie wichtig vom volkswirtschaftlichen Standpunkte die ausreichende Versicherung für Gebäude gerade in den gegenwärtigen Zeiten volkswirtschaftlich ist, ein Umstand, durch den ja gerade der Gedanke der Zwangsversicherung für Gebäude entstanden ist, und wenn man weiter bedenkt, daß es dem Versicherer nicht einmal gestattet ist, sich gegen die bestehende Unterversicherung nach eigenem Ermessen einzusetzen, so versteht man das Jögern der zuständigen Organe nicht. Die sächsische sozialistische Regierung, die so schnell mit Verordnungen bei der Hand ist, wenn es gilt, das Schulgesetz abzuschaffen, oder den Besuch der Kirche an staatlich nicht genehmigten Feiertagen zu verbieten, hätte ein reiches Feld der Betätigung auf diesem für die ganze Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Gebiet. Hoffentlich ergreift der Landtag nunmehr künftige die Initiative, um durch eine unerschütterlich zu erlassende Verordnung oder durch ein Gesetz für die ausreichende Versicherung für Gebäude im Brandfälle endlich Sorge zu tragen.
— **Die Wetterlage** stellt sich nach den Mitteilungen des amtlichen Berliner Wetterbüros wie folgt dar: Wir haben bei sehr heftigen zwischen Südwest und Nordwest schwankenden Winden auch für die nächsten Tage überwiegend milde, trübes Wetter und wiederholte, vielfach starke Regenschauer zu erwarten, zwischen denen sich der Himmel nur vorübergehend etwas aufklären dürfte.
— **Dresden.** Das in der alten Schöfersche Rittergutes Vorthein eingerichtete Wanderheim ist von Einwohnern beimgekauft worden, die die gesamte Einrichtung, nämlich Kollebaude, die alte Faust-Buche, die auf dem Landkreise im Gemeindeparke stand, der noch in Privatbesitz ist, ist befreit worden. Der Jahrhunderte alte Baum auf dem Besitz des Gutsbesitzers Faust war der stattlichste Baum im ganzen Waldgebiete. Er hatte einen Durchmesser von etwa 1 Meter und eine herrlich ausgebreitete Krone.
— **Witna.** Die kürzlich gekorbene Frau verw. Gebel, die schon zu Lebzeiten verschiedene Stiftungen errichtet, hat durch letztwillige Verfügung die Stadt als Erbin ihres über 2 Millionen Mark betragenden Nachlasses eingesetzt. Das Erbe soll für Zwecke der Wohlfahrt Verwendung finden.
— **Baunä.** Der Urmacher Scholze laubte dem „Baunäer Tageblatt“, dessen langjähriger Mitarbeiter er war, folgende eigenhändig geschriebene Todesanzeige: „Am 24. Januar 1923, 12 Uhr nachts, ging der Urmachermeister Friedebert Scholze in den ewigen Osten ein, um dem allmächtigen Baummeister aller Welten Hedenklichkeit abzulassen und dort anzufragen die, die ihn hier schmäheten.“ Damit hat sich der als Baunäer Original bekannte Mann seine Originalität über den Tod hinaus bewahrt.
— **Pitzau.** Am Dienstag wurde ein junges Mädchen auf der Markthalle von dem unbekannten Inhaber eines fremden Autos aufgefunden, in das Auto einsteigen, um den Weg nach der Bahnhofstraße zu zeigen. Als das Mädchen dies ablehnte, versuchte man, es gewaltfam in das Auto zu schieben. Bei der Ankunft eines Mannes verschwand das Auto.
— **Edersbach (Austh).** In heutiger Zeit müssen ja zuweilen auch Schulräume zu Versammlungszwecken überlassen werden. Welche Folgen damit verknüpft sein können, beweist eine Aussprache in der Schulausschussung. In der Sitzung wurde über die Verunreinigung der Schulzimmer durch Vereine bei Abhaltung ihrer Zusammenkünfte lebhaft Klage geführt. Zigarren- und Zigarettenstummel, Streichhölzer werden achtlos im Schulzimmer herumgeworfen, ja selbst die Tintenflaschen der Schulbänke werden sogar als Mülleimer benutzt.
— **Buchholz.** Am Sonnabend in später Stunde fand hier ein Polizeiwachmeister am Marktplatz einen jungen Mann mit gefalteten Händen und einem Knobel im Rucksack auf. Nach der Polizeiwache gebracht, gab der Angefundene an, überfallen und seiner Tasche in Höhe von 145 000 Mark beraubt worden zu sein. Die näheren

Umstände und namentlich der Tagort — in der Nähe der ...

Darüber. Die Stadtverwaltung hat, den Schwere ...

Clauen i. V. Am Dienstag ist einem ...

Seipala. Die Verordnungsstelle hat aus Anlaß der ...

Weischenfeld. Vor einigen Tagen wurde in Groß- ...

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Demonstrationen gegen die französischen Kontrô- ...

Erhöhung der steuerfreien Ermäßigungen beim Wohn- ...

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulse-Sora.

„In dieser Erörterung lauschte Lotte den Worten des ...

So hatte auch sie sich selbst gerungen in jener ...

„Ich danke Ihnen tausendmal, Fräulein Walden,“ sagte ...

„Mitleid für Sie, Steine für Brot!“

„Mit zuckenden Lippen sprach Ellen die Worte vor ...

Der leuchtende Juntag ihrer ersten Begegnung stand ...

„Mitleid für Sie!“

„Ich werde gehen!“ sagte sie mit klager Stimme.

„Du bist ja hier doch fertig!“

„Dann stehen Sie lange in dem kleinen Krankenzimmer ...

Das scharfe Röhren des Kems hatte sich in einen ...

„Haben Sie mich Kurt noch ein einziges Mal sehen ...

„Der schliche Lindlich-rührende Ton ihrer Bitte ging ...

„Dann standen sie lange in dem kleinen Krankenzimmer ...

Das scharfe Röhren des Kems hatte sich in einen ...

„Haben Sie mich Kurt noch ein einziges Mal sehen ...

„Der schliche Lindlich-rührende Ton ihrer Bitte ging ...

„Dann standen sie lange in dem kleinen Krankenzimmer ...

Das scharfe Röhren des Kems hatte sich in einen ...

„Haben Sie mich Kurt noch ein einziges Mal sehen ...

„Der schliche Lindlich-rührende Ton ihrer Bitte ging ...

„Dann standen sie lange in dem kleinen Krankenzimmer ...

Das scharfe Röhren des Kems hatte sich in einen ...

„Haben Sie mich Kurt noch ein einziges Mal sehen ...

freie Ermäßigungen beim Wohnbau bereits im Monat ...

Die Bremerfrage. Der diplomatische Redakteur der ...

England.

Die Rückzahlung der Schulden an Amerika. Neuer ...

Bermischtes.

Ein Einbrecher erschossen. Bei einem Einbruch ...

Große Platinjunde in Spanien. Der Korre- ...

Indienstellung des Dampfers „Water- ...

Erdegas in südlichen Oberschlesien. Aus ...

Lier, das sich im Gebüsch verbirgt, um einsam und ungeschen ...

Auf dem Korridor sprach eine Schwester zu ihm, sie sah ...

Erst als sie draußen in dem halbdunklen Treppenhause ...

Am Tage von Kaisers Geburtstag hatte Kurt, nach- ...

Außer Doktor Neubert und dem Ehepaar Werner hat- ...

Sie fast vier Monaten weilten die beiden tapferen ...

Lotte hatte Schmettau die Hälfte der von den Sal- ...

Jetzt trat der Keller an den Tisch heran und über- ...

„Nun ist vor drei Wochen in Laredo an Land ...

„Aber, Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Der Herr!“

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

Oberschlesien. Es ist in weiteren Kreisen nicht bekannt, ...

Eine Umwälzung in der Tierwelt. Die ...

„Du bist ja auf einmal so ernst geworden! Hat dir ...

„Nein, Kind, nichts Unangenehmes! Mein Agent ...

„Aber, Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Der Herr!“

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

„Aber Lotte, das Glück ist in letzter Zeit so überreich ...

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

Weiße Heide.
Dresdner Brief.
...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

Die Behandlung der Blattfliegen im Zimmer.

Blattfliegen werden im Zimmer ihrer eigentümlichen, defekteren Blätter wegen gehalten. Bedenkt man, daß sie, wenn sie im Freien leben, von allen Seiten vom Tageslicht beleuchtet sind, während es im Zimmer nur von einer Seite geschieht, und auch hier nur matt und schwach, so ergibt sich von selbst, daß die Pflanzen einzeln oder im Stimmengewebe dem Licht möglichst nahegebracht werden müssen. Jede Pflanze bedarf zu ihrer gedeihlichen Entwicklung der Kohlenensäure und des Sauerstoffes aus der Luft. Die Pflanze bedarf zu ihrer gedeihlichen Entwicklung der Kohlenensäure und des Sauerstoffes aus der Luft. Die Pflanze bedarf zu ihrer gedeihlichen Entwicklung der Kohlenensäure und des Sauerstoffes aus der Luft.

Wie soll man Buschobstkultur treiben?

Don G. Etang.
...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

Gräber.

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

Die Bedeutung der Bodenfrage.

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

Neueste Nachrichten und Telegramme

...wird, was die ...
...wird, was die ...
...wird, was die ...

bedeutsamen Maßnahmen zur Ausführung dieser Regelung wahrscheinlich am 5. Februar 1923 eingebracht werden sollen, möglicherweise mit einem Begleitbrief des Präsidenten. (Siehe auch unter „England“.)

England bleibt am Rhein.

London. Sir Douglas Hogg erklärte in einer Rede, solange England mit irgend einer Art Selbstachtung am Rhein bleiben könne, würde seiner Ansicht nach die Besetzung dafür eintreten. England wünsche nicht, daß die Entente zu Ende gehe.

Die italienische Presse zur Intervention.

Rom. Die nationalitische Presse setzt den Kampf gegen Frankreichs Vorgehen im Ruhrgebiet fort. „Idea Nazionale“ schreibt, Frankreich habe die Solidarität der Entente, sowie das europäische Gleichgewicht gefährdet, als es mit einem falschen wirtschaftlichen Spiel, aber mit militärischen Mitteln an politischen Zwecken den Markt ins Ruhrgebiet anzugreifen habe. Frankreich wolle nur dauernd an der Ruhr bleiben, bis Deutschland den Besatz, obwohl Deutschland nach der Ruhrbesetzung zahlungsunfähig sei. Eine solche wirtschaftliche und politische Hegemonie Frankreichs sei für Italien schädlich, weil Frankreich jetzt auf das Mittelmeer drücken könne. Frankreich habe kein Recht, im Namen der Verbündeten zu sprechen, weil es deren Interessen direkt verletze. Frankreich sei herner nicht berechtigt, über eine fremde Intervention zu reden, weil Frankreich diese Intervention, als Deutschland noch bei Soliton stand, lebend angerufen und niemals ohne diese Intervention einen Sieg errungen hätte, der kein französischer Sieg, sondern ein gemeinsamer Sieg aller Verbündeten gewesen sei und deshalb nicht von Frankreichs Egoismus mißbraucht werden dürfe. Diese Wahrheiten habe Paris ausnahmslos vergessen. Ähnliche Ausführungen finden sich im Giornale di Roma.

Volkswirtschaftliches.

Die Zeichnungen für die Braunkohlenwertpapiere des Reichs sind bereits überliefert. Wie wir hören, sollen jedoch Zuteilungen bis zur Höhe von insgesamt 500.000 Tonnen erfolgen. Mit einem vorzeitigen Zeichnungsschluss für die Kohlenwertpapiere muß bei dem lebhaften Eingang von

Zeichnungen in den nächsten Tagen gerechnet werden. Zeichnungen auf die Marktpapiere werden weiter entgegen- genommen.

Die Zeichnungen für die Braunkohlenwertpapiere des Reichs sind bereits überliefert. Wie wir hören, sollen jedoch Zuteilungen bis zur Höhe von insgesamt 500.000 Tonnen erfolgen. Mit einem vorzeitigen Zeichnungsschluss für die Kohlenwertpapiere muß bei dem lebhaften Eingang von Zeichnungen in den nächsten Tagen gerechnet werden. Zeichnungen auf die Marktpapiere werden weiter entgegen- genommen.

Die Zeichnungen für die Braunkohlenwertpapiere des Reichs sind bereits überliefert. Wie wir hören, sollen jedoch Zuteilungen bis zur Höhe von insgesamt 500.000 Tonnen erfolgen. Mit einem vorzeitigen Zeichnungsschluss für die Kohlenwertpapiere muß bei dem lebhaften Eingang von Zeichnungen in den nächsten Tagen gerechnet werden. Zeichnungen auf die Marktpapiere werden weiter entgegen- genommen.

Die Zeichnungen für die Braunkohlenwertpapiere des Reichs sind bereits überliefert. Wie wir hören, sollen jedoch Zuteilungen bis zur Höhe von insgesamt 500.000 Tonnen erfolgen. Mit einem vorzeitigen Zeichnungsschluss für die Kohlenwertpapiere muß bei dem lebhaften Eingang von Zeichnungen in den nächsten Tagen gerechnet werden. Zeichnungen auf die Marktpapiere werden weiter entgegen- genommen.

Stände der Markt mehr als das Dreifache der neuen Strohpreise.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktionsstätte pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 62 000-63 000. Roggen, märkischer 58 000 bis 59 000. Hafer, märkischer 48 000-49 000. Gerste, märkischer 47 000-48 000. Mais, märkischer 48 000-49 000. Kartoffeln, märkischer 120 000 bis 125 000 (1924/25). 2. beste Markt- und Saugfähiger 110 000 bis 115 000 (1882/25). 4. geringere Röhre 100 000 bis 105 000 (1872/75). Schweine: 1. vollfleischig der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 215 000 bis 225 000 (282 050). 2. Fettfleisch 220 000 bis 230 000 (285 000). 3. Fleisch 200 000 bis 210 000 (273 850). 4. geringe entwidelt 180 000 bis 190 000 (250 000). 5. Sauen und Eber 180 000 bis 210 000 (280 000). Ausnahmepreise über Notia. Die Preise sind Marktpreise für nächsteres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Speise des Danbels ab. Frachten, Markt- und Verkaufsstellen, Umkartieren, sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, erbeuten sich also wesentlich über die Stallpreise. Lieferant: 72 Ochsen, 75 Schweine. Tendenz des Marktes: Röhre gut, Schweine langsam.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktionsstätte pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 62 000-63 000. Roggen, märkischer 58 000 bis 59 000. Hafer, märkischer 48 000-49 000. Gerste, märkischer 47 000-48 000. Mais, märkischer 48 000-49 000. Kartoffeln, märkischer 120 000 bis 125 000 (1924/25). 2. beste Markt- und Saugfähiger 110 000 bis 115 000 (1882/25). 4. geringere Röhre 100 000 bis 105 000 (1872/75). Schweine: 1. vollfleischig der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 215 000 bis 225 000 (282 050). 2. Fettfleisch 220 000 bis 230 000 (285 000). 3. Fleisch 200 000 bis 210 000 (273 850). 4. geringe entwidelt 180 000 bis 190 000 (250 000). 5. Sauen und Eber 180 000 bis 210 000 (280 000). Ausnahmepreise über Notia. Die Preise sind Marktpreise für nächsteres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Speise des Danbels ab. Frachten, Markt- und Verkaufsstellen, Umkartieren, sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, erbeuten sich also wesentlich über die Stallpreise. Lieferant: 72 Ochsen, 75 Schweine. Tendenz des Marktes: Röhre gut, Schweine langsam.

Ehrenerklerung. Die geg. Herrn Martin Baum, Biberfeld, ausgesprochen. Beleidigung nehme ich zurück. Herr Müller, Biberfeld.

Goldener Ohrring verloren. Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Wer zwei leere Zimmer (Kochgelegenheit) a. junges gebildetes, kinderlos. Ehepaar in Riesa od. Umgeb. ab? Werte Offerten unt. Z R 9912 an Tagebl. Riesa.

Für einige Vormittagsstb. Frau als Aufwartung gesucht Goethestr. 78, 2. r.

Aufwartung für nachmittags gesucht. Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Suche für 15. Februar ein Alleinmädchen. Frau Dr. med. Rede, Rosenplatz 10, 1.

Suche zum 15. Februar ein sauberes, ehrliches, tüchtiges, älteres Alleinmädchen perf. im Kochen, für Geschäftshaushalt zu 2 Kind. 8 und 1/2 Jahr. Frau Kaufmann Breih, Rosenplatz 10a.

Sum 15. Februar suche ich ein besseres, solides Mädchen das etwas Kochkenntnis besitzt u. in häusl. Kräft. erf. ist. Frau M. Förster, Goethestr. 87, 2.



Restaurant „Zur Börse“ Neuweida
früher „Altes Restaurant.“
Sonabend, 8., Sonntag, 4. und Montag, **Bodierauskunft.**
5. Febr. Bodierauskunft. 8. Bodierauskunft. Musik. Unterhaltung. - Freitag Antisch. Um regen Zuspruch bitten
Alfred Cusack u. Frau.



Steinerts Kantine, Zeithain.
Sonabend, den 8., u. Sonntag, den 4. Februar
Bodierfest und Künstlerkonzert.
8. Bodierauskunft und noch billiges Bodier. Hierzu ladet freundlich ein
Paul Goldb.

Morgen Sonnabend zwischen 9 und 10 1/2 Uhr kommen gegen Höchstgebot zum Verkauf: 1 Motor, 1 Ps., neu, 1 Anläufer dazu, neu, 1 Waage, 3 kg Tafelabr. Groth, Olsdager, Ode Mollstr. Kirchberg.

Häute u. Felle gerbt und kauft (auch Schurwolle)
Paul Junger
Gerberei
Großenbainer Str. 31.

Spiegel mit Tischchen (120x60) billig zu verkaufen. Schumann, Bismarckstr. 57, Stb.

Bereinsnachrichten

Riese Wader. Sonnabend, 8. 2., 8 Uhr abends Uebertraffe Bekanntheit mit Frauen. Verkleiner-Bezirks. Riesa. Veranml. 8. 2. 8 U. P. O. C. 8. 2. 8 Uhr offiz. Veranmlung. P. O. C. 8. 2. 8 Uhr abends. P. O. C. 8. 2. 8 Uhr abends. P. O. C. 8. 2. 8 Uhr abends.

Beamten-Verein

Der Vint-Polmann-Baumhammer Mt.-Gel. Riesa.
Der zu unserem Wintererandgen am 4. 2. 23 angelegte „Ball“ wird infolge der ersten Zeit abgelehrt. Alle anderen Darbietungen werden abgehalten, der Beginn wird jedoch von 5 Uhr auf 7 Uhr abends verlegt. Der Vorstand.

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 4. Februar
großes Zither-Konzert
ausgeführt vom Zithermusikkreis Riesa-Gröba unter Leitung von Obermusikl. a. D. Simmler. Anschließend feiner Ball. Beginn 5 Uhr.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, 4. Februar, von 5 Uhr an
große öffentl. Ballmusik.
Hierzu ladet freundlich ein Oskar Gähler.

Gasthof Münchritz. Ballmusik.

Sonntag 8 Uhr feine
Ballmusik.

Göhrs & Amme Nachfolger, Stettin
420 km
Rübel 410 km
Stettin
Lübeck
Untertraße 48-49.
Telegr.-Adr. Göhrjan.
Spezialität:
Umleitung von Gütern und Kistenantransporten.

Wegen Todesfall in der Familie findet bis Montag, den 5. Februar keine Sprechstunde statt.
Dr. med. Zimmer, Augustastr. 11.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwieger-, Groß- u. Urgroßmutter
Frau Emilie verw. Hofmann
geb. Straube
sagen wir hierdurch herzlichsten Dank,
Gröba, 2. Februar 1923.
Otto Dage u. Frau nebst Hinterbliebenen.

Holzpanntoffeln

mit gutem Lederblatt, in allen Größen, sehr billig, verkauft
A. Rieder, Neuweida, Riesaer Straße 23, Stb.

Gäumlinge

lange und kurze, verkauft meter- und zentnerweise
H. Kern, Gbbr. 2.

Freibank Riesa.

Rindfleisch 1800 Mt.
Gasthof Vichtensee.
Sonntag, den 4. Februar
Bodierfestkonzert
Leitung H. Dennig. Nachdem feiner Ball. Aufg. 7 Uhr. Hierzu laden ein E. Wittke u. Dennig.

Gasthof z. Hock Nagewitz.

Sonntag, den 4. Februar
feiner öffentlicher Ball
mit Bodierauskunft. Ergebenst ladet ein W. Kabisch.

Gasthof Mantitz.

Sonntag, den 4. Februar
öffentliche Ballmusik.
Freundl. ladet ein Räder.

Gasthof Seerhausen

Sonntag, den 4. Februar
Preis-Skaten.
Anfang 8 Uhr. Es ladet ergebenst ein Alfred Giesmann.

Richters Restaurant

Biberfeld, den 3. und Sonntag, den 4. Februar
Kassant von ff. Bodier.
Dazu laden erb. ein Herr Richter u. Frau.

Gasthof Lentewitz.

Sonntag, den 4. Februar
öffentliche Ballmusik.
Freundl. ladet ein Räder.

Schafwolle.

Bei Anlieferung von Schafwolle liefere ich sofort meine seit vielen Jahren berühmte Strickwolle.
Wollhaus Gustav Holey
ogr. 1847.

Holzversteigerung.

Sonntag, 4. Febr., vormitt. 10 Uhr
werden im Girschkeiner Park 50 Rntz. kieferne und eichene Röhren 40 kieferne und eichene Stämme 100 Rntz. und kieferne Stangen meistbietend versteigert. Auch sind ca. 40 Festmeter Eichen und Eppmouthiskiefer zu verkaufen.
E. Rosk.

Aufruf!

Kammerjäger Röder
kommt und ist einige Tage in Riesa und Umgegend tätig, um Ratten, Mäuse, Schwaben, Ruffen, Wanzen und dergl. unter schriftlicher Garantie restlos zu vertilgen. Bestellungen mache man sofort unter „R 66 Röder“ an das Tageblatt Riesa oder indem man sich in der Geschäftsstelle meldet.

Kirchennachrichten.

Sonntag, Sonntag, Sonntag
Riesa. Trinitatiskirche: 9 Uhr Fr. m. R. (Joh. 4, 5-15, 26), 11 Uhr Samerbergg. (Friedrich), 2 Uhr Jugendgottesd.: Friedrich Warrig, u. 3 Uhr Trinitatisf. Weide. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, Freitag, d. 9. Febr., abends 7 1/2 Uhr. Gröba. 9 Uhr Pred. (Stempel), Do. 1/2 8 Uhr. St. in Gröba. Panitzsch. 1/2 9 Uhr. 1/2 Unterredung II. Jungfr. Verein. Weiden. 9 Uhr Predigt, Witwen- u. Jungfr. Verein. Zeithain. Vorm. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst, Mittwoch, den 7. Febr., abends 7 1/2 Uhr. Weiden. 1/2 9 Uhr. Weiden. 1/2 9 Uhr Predigt, Donnerstag 8 Uhr Frauenverein im Pfarrhaus. Riesa. St. Barbara-Kapelle, Zeithain. 9. Sonntag von 6-10 Uhr. Weiden. 1/2 9 Uhr. Weiden. 1/2 9 Uhr. Weiden. 1/2 9 Uhr.

Verkehrsstockungen infolge der Kohlenperre.

Die Ruhrblockade.

Betrachten wir die nächsten Folgen der Kohlenperre, so sind sie für das unbesetzte Deutschland klar und längst vorhergesehen. Da in letzter Zeit auch die Reparationskohlen nach dem unbesetzten Gebiet abtransportiert worden sind, dürfte eine zur Kohlenperre erwachene, weniger heftig als die unbesetzte Teuerung infolge des neuen Kartellzusammenbruchs ist. Das Schwerkere hat wohl schon durch die Blockade vom Hauptförderer abgetrennte Teil Deutschlands zu tragen. Infolge der französischen Eingriffe in das Eisenbahn- und Bohnenland und teilweise auch schon im Ruhrgebiet last jeder Verkehr. Handel und Wandel sind gelähmt, ein Zustand, der durch die kommende Kohlenperre noch wesentlich verschlechtert werden wird. Die Lebensmittelversorgung des Ruhrreviers wollen die Franzosen zwar nicht behindern, aber sie tun andererseits auch nichts, um sie aufrechtzuerhalten. Auf eine Frage, ob im Falle, daß durch die französischen Maßnahmen der Eisenbahnverkehr ernstlich gefährdet und durch den Eisenbahnverkehr die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet werde, die französische Regierung helfend einzutreten werde, antwortete der Leiter der französischen Kontrollkommission unwillig, das müßten dann die Bergarbeiter mit den Eisenbahnern ausmachen.

Außer der Hungernot droht den westfälischen Bergarbeitern aber auch Arbeitslosigkeit. Die Franzosen können die Kohlentransporte nach dem unbesetzten Deutschland verhindern. Aber sie können die Eisenbahnen nicht zwingen, die Kohle nach Frankreich und Belgien zu transportieren. Sie selbst sind dazu trotz Aufgebots ihrer Eisenbahner völlig außerstande. Die gefährdeten Kohlen müssen also auf die Halde gekürzt werden und, wenn diese überfüllt sind, muß die Förderung eingestellt werden. Da die französische Regierung das alles genau weiß, muß ihr Plan dahin gehen, die Ruhrbevölkerung durch Hunger und Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung zu treiben. Aber sie wird es erleben, daß einem in die äußerste Not gebrachten Volke Hülfe entgegenwachsen. Die Ruhrblockade ist ein Unternehmen, dessen Anfang für die französische Regierung, wenn sie Rücksichtslosigkeit und Brutalität genug besitzt, ziemlich leicht ist, dessen Ende aber niemand voraussehen kann. Schon erbeben sich in einem wachsenden Maße der französischen Presse Zweifel, ob Frankreich gut beraten war, als es Voltaire und den Militarismus zu seinem Wegweiser machte. Selbst das Organ der französischen Großindustrie, die „Journé Industrielle“, ist wegen des Sinkens des Frankens und der Folgen für die französische Industrie schon recht besorgt. In einem anderen Pariser nationalistischen Blatte wird verurteilt, daß es in Frankreich viele Leute gäbe, die auf Waise spekulieren, weil sie an einen Mißerfolg der Ruhraktion glaubten. Das Ergebnis der Ruhraktion wird, wenn das deutsche Volk einig bleibt, der Welt aufs Neue den Beweis liefern, daß Verdröckung und Brutalität sich zum Schluß immer auch als eine Dummheit erweisen. W. H.

Der Reichsernährungsminister im Ruhrgebiet.

Gestern verhandelte Reichsernährungsminister Dr. Sauer in Dortmund in Gegenwart von Vertretern der Magistrats mit Vertretern der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen aller Richtungen, sowie leitenden Persönlichkeiten der Großindustrie und des Handels über die Ernährungsfrage des besetzten Gebietes. Alle Beteiligten begrüßten das persönliche Erscheinen des Ministers in den gefährdeten Gebieten sehr dankbar und entnahmen aus seinen eingehenden sachlichen Darlegungen die Gewißheit, daß die Regierung die Sorge um das besetzte Gebiet als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet.

Der Reichsrat

Stimme gestern einer Verordnung zu, die die Grundbesitze in der Rheinenscheren von 600 auf 1200 in der untersten und von 1800 auf 3600 in der höchsten Klasse und dementsprechend auch das Sterbegeld erhöht. Angenommen wurde weiterhin eine Verordnung über die abermalige Erhöhung der Unterhaltungen für Rentnervorgänger der Invaliden- und Angelegenheitsversicherung. Schließlich wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der das Notenausgaberecht der Privatnotenbanken der Geldentwertung entsprechend herabsetzt, die Vorschriften über die Verdeckung auch für die Privatnotenbanken teilweise außer Kraft setzt und das Verfügensrecht der Privatnotenbanken über ihren Goldbestand noch weiter einschränkt.

Der Reichsrat gegen die Sozialabgabe.

Der Reichsrat hat gestern auf Grund der Ausdrucksbeschlüsse dem Antrag der Reichsregierung entsprochen, wonach die von der Stadt Chemnitz erhobene besondere soziale Abgabe von einem Prozent aller gewählten Vergütungen genehmigt ist, die Reichssteuererinnahmen zu schmälern und den Interessen der Reichsfinanzen entgegensteht.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 1. Februar.

Präsident Lohse gedenkt bei der Eröffnung der Sitzung mit Worten warmer Teilnahme des furchtbaren Grabensunglücks in Obersachsen und seiner Opfer. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.

Das deutsch-polnische Gewerkschaftskommen über Obersachsen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, der zweite Nachtragsetat mit Befoldungsaufbesserungen und der Ernennung, für Zwecke der Volksernährung 1500 Millionen Schatzanweisungen auszugeben, geht an einen Ausschuss.

Da für die dritte Beratung des Jugendgerichtsgesetzes noch einige Anträge vorzubereiten sind, tritt um 1/3 Uhr eine halbtägige Pause ein.

Nach der Pause kommt das Jugendgerichtsgesetz zur dritten Lesung.

Nachdem ein deutschnationaler Antrag, der die Regierungsvorlage wieder herstellend will, wonach die Landesregierungen die Tätigkeit der Jugendämter Vereinfachungen übertragen können, die sich mit der Jugendfürsorge beschäftigen, mit 178 gegen 165 Stimmen abgelehnt ist, wird die Vorlage nach den Beschläffen der zweiten Lesung angenommen, ebenso die Ausdrucksbeschlüsse, daß nur die bestbefähigten Richter zum Amt des Jugendrichters heranzuziehen sind. Dann wird der zweite Nachtragsetat auch in zweiter und dritter Beratung debattiert angenommen.

Freitag nachmittags 3 Uhr: Stabsberatung und Antrag über den baharischen Lohnausgleichsplan. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Androhung weiterer Maßnahmen.

Die an der Grenze des Ruhrgebietes von den Franzosen und den Belgiern eingerichtete Kohlenperre hat, wie die Berliner Blätter melden, bereits große Verkehrsstockungen zur Folge gehabt. Der Eingriff in den Verkehr kann nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in drei bis vier Tagen zu einer vollständigen Verkehrsstockung führen, wenn auch die Lebensmittelversorgung durch andere Verkehrsmittel erfolgen.

Der Sonderberichterstatter von Havas in Düsseldorf meldet, die Schließung des Ruhrgebietes für die Kohlen- und Holzversorgung nach dem unbesetzten Deutschland bedeute einen ersten Schritt dar, dem weitere rigorose Maßnahmen folgen könnten.

Nach vorliegenden Meldungen sind die Eisenbahnanlagen an der westfälisch errichteten Abzweigungsstelle, soweit das bisher noch nicht geschehen war, in der vergangenen Nacht militärisch besetzt und es ist mit der Zurückhaltung der Kohlen-, Holz- und Beergänge begonnen worden. Der übrige Güterverkehr ist einseitig noch unbehindert, jedoch werden auch Beergänge, die aus Deutschland ins Ruhrgebiet kommen, von den französischen und belgischen Truppen angehalten, um für die französisch-belgischen Zwecke Verwendung zu finden. Maßnahmen, daß die angehaltenen Kohlen- und Holzbeergänge nicht nach Frankreich gelangen, sind getroffen worden, ebenso sind alle Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes getroffen für den Fall, daß infolge der etwaigen Verstopfung der Bahnhöfe große Evakuierungen im Eisenbahnverkehr eintreten sollten.

Auch die neuen Gewaltmaßnahmen der Franzosen, die als Sanktionen angehängt worden sind, werden das Ruhrrevier für Frankreich und Belgien nicht zu einem produktiven Pfand machen. Die Stimmung unter den Eisenbahnern, die bisher in der ersten Linie des passiven Widerstandes gestanden haben, ist jetzt und einheitlich, das gleiche gilt auch von der Bergarbeiterchaft des Ruhrreviers, der im Augenblick besondere Bedeutung zukommt.

Die Kontrollstationen in Linen-Süd, Schornhorst, Barop, Hörde und Wittinghausen sind gestern früh von den Franzosen in Betrieb gesetzt worden dergestalt, daß die Franzosen keinen Wagen mit Kohlen über diese Stationen in das unbesetzte Deutschland hinauslassen. Die Folge wird sein, daß die Bahnhöfe schon in kurzer Zeit verstopft sein werden.

Die Franzosen haben auf dem Bahnhof Wessche 25 Waggons Kohlen beschlagnahmt und laden sie dort für eigene Zwecke aus. Die Eisenbahnverwaltung weigert sich, weitere Waggonsladungen anzunehmen, da sie für deren Transport keine Ostung übernehmen kann.

„Westfälischer“ fragt: Welches wird die Wirkung der Einziehung der Kohlenlieferungen nach Deutschland sein? Deutschland erhielt bisher durchschnittlich in jedem Monat 24 Millionen Tonnen Kohle und 500 000 Tonnen Holz. So bedeutend auch dieses Quantum ist, die Sachverständigen glauben, daß, wenn man die Vorer ausnahmsweise englische Kohle beziehe, sowie die aus dem deutsch gebliebenen Ober-sachsen kommenden Kohlen in Rechnung stelle, Deutschland eine relativ lange Zeit sich verlorger könne. Jedoch sind die Kohlenlieferungen nicht die einzigen, die eingestellt werden können; wenn der Widerstand Deutschlands sich verlagert, kann man damit rechnen, daß die Besetzungsmächte das gleiche Verbot auf andere Industrieerzeugnisse aus dem Ruhrgebiet ausdehnen werden. Das Ziel dieser Maßnahmen würde also dann die mehr oder weniger vollständige wirtschaftliche Trennung vom übrigen Deutschland sein. Es versteht sich aber von selbst, daß diese drastische Maßnahme nur bis zu dem Tage ausreicht erhalten werde, an dem Deutschland die Ruhrbesetzung angenommen haben wird. An diesem Tage werde ein normales Regime (1) unter französischer Leitung aufgerichtet werden.

Der Abtransport englischer Kohlen über Altona ist, wie Berliner Blätter berichten, in langsame Zunahme begriffen. Außerdem sind für die nächste Zeit 48 000 Tn. englische Kohlen über Emden angemeldet. Im übrigen ist das unbesetzte Deutschland mit Kohle recht gut versorgt. — Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben beschloffen, auch Sonntagsarbeiten zu verfahren, um dem Ausfall an Ruhrkohle zu begegnen.

Der Wortlaut der französischen Verbalnote.

Die Mittwochabend überreichte Verbalnote der französischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Mit Note vom 17. Januar hat der Minister des Auswärtigen Amtes die Ehre gehabt, den deutschen Geschäftsträger erneut darauf aufmerksam zu machen, daß die Maßnahmen, die seitens der französischen und belgischen Regierung unter Mitwirkung der italienischen Regierung getroffen worden sind, um Deutschland zur Lieferung der Frankreich geschuldete Kohle zu veranlassen, keineswegs den Charakter eines militärischen Unternehmens tragen. Diese Maßnahmen sind, wie der deutschen Regierung durch die Mitteilung vom 10. Januar bekanntgegeben ist, auf Grund der durch die Reparationskommission festgestellten Verhältnisse Deutschlands bei der Ausführung der Reparationsprogramme ergriffen worden, soweit sie die Lieferung von Holz und Kohle an Frankreich betreffen. Wie bereits in der Note vom 17. Januar mitgeteilt wurde, hat die Haltung, die die Industriellen des Ruhrgebietes auf Grund von Anweisungen der Reichsregierung eingenommen haben, die alliierten Verbände nunmehr in die Unmöglichkeit versetzt, auf gültlichem Wege vorzugehen, sie vielmehr gezwungen, die zu liefernde Kohle zu requirieren und notwendige Umleitungen im Kohlentransport vorzunehmen.

Bundsrat hat die deutsche Regierung den Besondere erklärt, daß die von ihnen auf Reparationskonto geleistete Kohle von Seiten der Regierung keine Bezahlung finden würde.

Nachdem der Leiter der Ingenieurmission bekanntgegeben hatte, daß die alliierten Regierungen bereit wären, diese Kohle unmittelbar zu bezahlen, verbot die deutsche Regierung den Besondere, sogar die Lieferungen gegen Bezahlung durchzuführen.

Seit diesem Zeitpunkt ist die Obstruktion der deutschen Regierung dauernd geworden. Die Reparationskommission hat am 18. Januar Verurteilungen hinsichtlich der Kohle wie des Wechsels, sowohl bezüglich Reparationen, wie Reparationsleistungen feststellen müssen. Sie hat am 26. Januar der deutschen Regierung die Feststellungen einer Generaldeputation Deutschlands in seinen Verpfichtungen gegenüber Frankreich und Belgien mitgeteilt.

Schließlich gefährdet die deutsche Regierung durch die von ihr erteilten Instruktionen und durch die Erregung, die sie unaufhörlich unter die Eisenbahn-, Holz-, Telegraphen- und Telephonbeamten sowohl an der Ruhr wie auf dem linken Rheinufer trägt, die geregelte Ausbeutung der Minen und Seelen an der Ruhr.

Unter diesen Umständen, angesichts der durch die Reparationskommission festgestellten Generaldeputation, legt die französische Regierung, die sich dabei auf 18. Januar 11. Teil VIII des Vertrages von Versailles stützt,

die deutsche Regierung in Kenntnis, daß vom 1. Februar ab keine Lieferung von Kohle und Holz aus dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland mehr stattfinden wird. Alle diese Maßnahmen werden vorbehaltlich neuer notwendig werdender Sanktionen getroffen.

Eine gleichlautende Note hat der belgische Minister des Auswärtigen am Mittwoch dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel überreicht.

Protest gegen das Kohlenausfuhrverbot.

Der französische General Degoutte hat an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf Dr. Gräbner folgenden Befehl übermitteln: Auf Befehl der französischen und der belgischen Regierung ist die Ausfuhr von Holz und Kohle aus dem besetzten Ruhrgebiet nach dem unbesetzten Gebiet vom 1. Februar 1918 ab verboten. Die Ein- und Ausfuhr von allen anderen Waren bleibt bis auf weiteres frei. Das die Verpflegung der Bevölkerung anlangt, wird betont, daß die militärischen Behörden die Einfuhr von Lebensmitteln unter keinen Umständen verhindern werden. Dieser Befehl ist an die in Frage kommenden Behörden weiter zu geben.

Daraufhin hat der Düsseldorf Regierungspräsident an den Oberdelegierten für die deutsche Zivilverwaltung General Degoutte folgendes Schreiben gerichtet: „Ich kann die Abbrüche der Anordnung des Herrn Generals Degoutte betreffend das Verbot der Kohlenausfuhr aus dem besetzten Ruhrgebiet in das unbesetzte Deutschland nicht weiter sehen. Da die deutsche Regierung den Einbruch der französischen und belgischen Armee als einen Vertragsbruch ansieht und die deutschen Behörden angewiesen hat, keinerlei Anordnungen auszuführen, welche eine Folge dieses Einbruches darstellen, würde es für mich und alle deutschen Beamten eine Pflichtverletzung sein, wenn ich diese Anordnung, die von deutscher Seite als unberechtigt angesehen werden muß, zur Kenntnis der beteiligten Stellen bringen wollte. Ich erhebe gegen das Kohlenausfuhrverbot als einen durch keinerlei Bestimmungen des Versailleser Vertrages oder des Rheinlandabkommens gerechtfertigten Eingriff in die Wirtschaftslage des besetzten Ruhrgebietes hierdurch den entschiedenen Protest. Das Verbot ist mit der Justifizierung des Herrn Generals Degoutte, daß die Maßnahmen der Besetzung des Ruhrgebietes eine friedliche sei, ganz unvereinbar, vielmehr nur als eine Kriegesmaßnahme zu verstehen, um welche es sich aber nicht handeln soll, wenn sich Herr General Degoutte nicht selbst in Widerspruch zu seinen eigenen Worten und Bekanntheitsungen setzen will. Nach dem Vertrage von Versailles leben Frankreich, Belgien und Deutschland angeblich im Frieden. Solche Anordnungen, wie sie Herr General Degoutte erläßt, sind eine Verletzung des Völkerrechts. Von der Justifizierung der Freiheit des Lebensmittelverkehrs habe ich Kenntnis genommen. Ich werde die diesbezügliche Mitteilung an die mir unterstehenden Behörden und die Bevölkerung ergeben lassen.“

Gewalttätiges Vorgehen der Besatzungstruppen.

Im Laufe des gestrigen Vormittags erschienen zwei Offiziere und acht Mann der französischen Besatzungstruppe beim Amt Döhhausen. Als sie von dem Gemeindevorsteher keine Kohle bekommen konnten, begaben sie sich zur Jesse Döhhausen. Die Besatzung weigerte sich, ihnen Kohle zu liefern, worauf die Franzosen sich die Kohlen selbst ausliehen. Vorher hatten die Soldaten ihre Gewehre laden müssen.

Die Berliner Blätter melden aus Bochum: Gestern Mittag in Weimar ein französischer Offizier einen deutschen Polizeibeamten in das Gefängnis, als dieser dem Offizier den Gefangenen verweigerte. Aus dem gleichen Anlaß wurde ein anderer Polizeibeamter von einem Offizier der Besatzungstruppe in der Polizeibeamtenschaft haben diese Vorfälle äußerste Erregung hervorgerufen.

Wie die Berliner Blätter melden, stehen in Dassen zwei belgische Offiziere ihre Frauen, Kinder und selbst die Dienstmädchen nachkommen. Sie bestanden darauf, daß ihnen außer den üblichen Haushaltsgegenständen noch Kinderbettwäsche, Kinderbetten und Kinderwagen geliefert werden. Sie haben ohne Rücksicht auf die Wohnungsnot in Privatwohnungen 3 bis 4 Zimmer beschlagnahmt.

Wie mitgeteilt wird, hatten die Konfirmanden in Mitten an der Ruhr sich dahin geeinigt, an die Besatzungstruppen nichts mehr zu verkaufen und dies in Plakaten in ihren Geschäften kundzugeben. Diese Plakate wurden von den Besatzungssoldaten abgerissen und die Geschäfte durch die Soldaten und Offiziere geplündert. Später wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Telegraphendirektor Hartmann vom Fernsprechemamt Düsseldorf, Postinspektor Kempe vom Telegraphenamt und Postrat Lutz, ebenfalls in Düsseldorf, sowie Telegraphendirektor Schwarz in Duisburg wurden von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet. Der Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr in Essen ruht noch immer. Die Franzosen beschlagnahmten eine Telephon- und Telegraphenleitung nach der anderen. Ist eine Leitung gestört, so wird die nächste beansprucht.

Die Revision der Besonderevertreter verworfen.

Die von den Besonderevertretern des Ruhrgebietes beim Revisionsgericht beim Generalrat der französischen Rheinarmee gegen das Urteil des Kriegsgerichts eingeleitete Revision ist verworfen worden.

Die Hilfsaktion für das Ruhrgebiet.

Die Deutschdemokratische Partei des sächsischen Landtages hat für die Ruhrbevölkerung den Betrag von 200 000 Mark gestiftet. — Der Bergbauische Verein in Wismar hat dem Reichskanzler für die Ruhrhilfe 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. — Der Berliner Magistrat hat beschlossen, für die Sammlung des Deutschen Geldes tags zugunsten des deutschen Volkes 20 Millionen Mark zu bewilligen. Die demokratischen Fraktionen haben beschlossen, bis auf weiteres monatlich 10 000 Mark pro Woche für die Sammlung zu spenden. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen werden nach einer „Vorwärts“-Reibung ebenfalls 10 000 Mark für jedes Mitglied an den Parteivorstand überweisen.

Das Ausland und die Ruhrfrage.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wurde die Mitteilung, daß Staatssekretär Hughes seine bevorstehende Reise nach Chile zur pan-amerikanischen Konferenz möglicherweise aufschieben werde, gestern dahin ausgelegt, daß die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten im Augenblick ernstlich den europäischen Schwierigkeiten zugewandt sei. Für diese Nachricht muß der „Chicago Tribune“ die Verantwortung überlassen bleiben.

Im Ruhrauschuss des Senates der Reichsversammlung antwortete Minister des Innern

Beide am demselben Tage und unter dem Vorsitz des deutschen Senators. Auf den Vorschlag des Senators Kiehn, daß der Minister nicht anführe, was Deutschland in der Reparationsfrage geleistet habe, erwiderte der Minister, daß er gerne alles anerkenne, was Deutschland schon geleistet habe und den Mut der deutschen Politiker anerkennen müsse, die die Kraft hatten, in der schweren Lage, in der sich Deutschland befände, wenigstens das durchzuführen, was sie schon geleistet hätten. Leider sei das nicht genügend gewesen. Er stimme aber nicht mit der Ansicht überein, daß der Grundgedanke der französischen Reparationspolitik richtig sei. Er stimme mit Senator Kiehn darin überein, daß es im eigenen Lebensinteresse der tschechoslowakischen Republik liege, daß sich Frankreich und Deutschland einigten. Die tschechoslowakische Republik führe volle vier Jahre in diesem Sinne ihre auswärtige Politik. Die Errichtung einer solchen Einigung würde unzweifelhaft einen gewaltigen Vorteil für die Nationen der tschechoslowakischen Republik bedeuten.

In einem an den Generalstab vom 10. März gerichteten Schreiben sagt der Vapst unter Bezugnahme auf die von ihm zu Versailles ausgesprochenen unbedingten Forderungen Frieden, die gegenwärtige ernste Lage sei der Vorläufer neuer Schmerzen, neuen Unglücks, neuer Not für die Menschheit. Diese Lage veranlasse ihn zu der Bitte an alle Ständigen, Gott anzuflehen, er möge die Menschen vor neuen Peinigungen bewahren und die Völker und die Regierungen zur Liebe zurückführen.

Vertagung der französischen Interpellationsdebatte.
Die französische Kammer hat am Schluß der gestrigen Sitzung auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré mit 486 gegen 81 Stimmen beschlossen, die Erörterung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung, die morgen stattfinden sollte, zu vertagen, damit, wie Poincaré sich ausdrückte, die Regierung in Ruhe ihre friedliche Aktion zur Erlangung von Reparationszahlungen fortsetzen könne.

Der bayerische Ministerpräsident über die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags legte gestern Ministerpräsident Dr. von Kulling in Anwesenheit des ganzen Staatsministeriums die Gründe für die Verhängung des Ausnahmezustandes aus und ließ sich von den nationalsozialistischen Parteimitgliedern dar. Er bezeichnete es als unwahr, daß von der Reichsregierung auf die bayerische Regierung ein Druck in der Richtung eines Einschreitens gegen die Nationalsozialisten ausgeübt worden sei und sagte, vielfach sei die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes angeordnet worden. Die nationalsozialistische Bewegung sei jetzt längerer Zeit in ein für die öffentliche Ordnung gefährliches Fahrwasser geraten. Der Ministerpräsident erinnerte an die verschiedenen nationalsozialistischen Ausschreitungen und an die Veranlassungen unzulässiger Durchmärsche durch den Stadtkreis, an die täglichen Demonstrationen vor dem Hotel „Der Fahndesiten“ und an die an Landfriedensbruch grenzenden Demonstrationen vor dem Hotel Grünwald. Durch den Ausnahmezustand sei der Allgemeinheit der Ernst der Lage klargemacht worden. Nur durch ihn habe sie auf die die öffentliche Ordnung bedrohenden Gefahren aufmerksam gemacht werden können. Wäre der Ausnahmezustand nicht verhängt worden, so hätten die geringsten Zufälle Anlaß zu einem verderblichen Brand geben können, und dies hätte eine schärfste Gefährdung der nationalen Einheitsfront bedeutet. Mit welchem Eindruck wäre eine solche Aussicht bei der deutschen Arbeiterschaft aufgenommen worden? Welchen Triumph hätte sie dem auf unser Verderben stinnenden Frankreich bereitet? Bayern Ansehen und guter Ruf wären endgültig erledigt gewesen. Der Ausnahmezustand sei als vorläufige Maßnahme auf das rechtsrheinische Bayern ausgedehnt worden, weil auch an anderen Orten Zusammenkünfte mit Nationalsozialisten beobachtet werden mußten. Vielfach sei die Auffassung aufgetreten, als ob dieser schließlich doch alles erreicht habe. In Wirklichkeit verhalte sich die Sache anders. Hätte man den Ausnahmezustand nicht verhängt, so hätten sich die Nationalsozialisten zwei bis drei Tage lang als Herren von München gefühlt. In der Frage, ob der Münchener Polizeipräsident im Glauben, durch Entgegenkommen ein Ventil zu öffnen, ein zu weitgehendes Entgegenkommen bewiesen habe, erklärte der Ministerpräsident, daß der Polizeipräsident trotz sich plötzlich einem Frontwechsel fähig gegenübergestellt habe. Worauf habe sich in ähnlicher Lage befunden, wie im Kriege eine Unterführung bei einer plötzlich geänderten Befehlslage. Gänzlich unangehörig sei es, wenn in der Deffenheit die ganze Schuld an der Verhängung des Ausnahmezustandes auf den Staatsminister des Innern abgeladen und sein Rücktritt gefordert werde. Der Minister des Innern könne wegen der Geschehnisse nicht bestraft werden. In der letzten Zeit habe man die Staatsregierung auch angegriffen und ihr den Vorwurf gemacht, daß sie nicht im richtigen Sinne national sei. Für das Gesamtministerium nehme er in Anspruch, daß alle Mitglieder ebenso gut vaterländisch denken, wie nur irgend wer und in viel höherem Sinne als mancher, der das Wort „national“ ständig im Munde führe. Er lege darauf Wert, daß auch die vaterländischen Verbände der nationalen Bewegung der Staatsregierung rückhaltlos vertrauen und der Staatsregierung bei der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung als verlässliche Helfer zur Seite stehen. Der Ministerpräsident schloß: Fort mit der Invidiosität im Innern! Der Feind steht draußen am Rhein! Wenn er uns nicht emigriert, freud er die Gangarme noch weiter über das Land. Jeder wahre Deutsche darf jetzt nur einer Partei angehören, der gemeinsamen des Vaterlandes! (Lebhafte Beifall.)

Der Ausschuß beschloß hierauf, in die Besprechung der Erklärung einzutreten. Die Aussprache gestaltete sich teilweise außerordentlich lebhaft. Die Abgeordneten Feld von der Bayerischen Volkspartei und Dr. Silvert von der Mittelpartei erklärten, daß ihre Fraktionen der Verhängung des Ausnahmezustandes zustimmten. Die Abgeordneten Endres (Soz.) und Dr. Litz (Demokrat) verlangten Aufhebung des Ausnahmezustandes, ebenso der kommunistische Abgeordnete Kenderl. Von der Bayerischen Volkspartei ging ein Antrag ein, nach dem der Ausschuß die Erklärungen des Ministerpräsidenten billigt. Von der sozialdemokratischen Partei wurde die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes beantragt, während die demokratische Fraktion einen Ergänzungsantrag stellte, den Ausnahmezustand aufzuheben, sobald es möglich ist. Ministerpräsident von Kulling erklärte, die Regierung werde von sich aus, sobald sie es verantworten könne, den Ausnahmezustand wieder aufheben. Schließlich wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt und der Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Der Völkerbundrat

hat sich am Mittwoch mit der Frage der aussergewöhnlichen Grenzregulierung befaßt und dann mit der Abrüstungsfrage. Es wurde beschlossen, die europäischen Staaten, die vor 1914 bestanden und deren juristisches Statut der Krieg nicht geändert hat, aufzufordern, dem Völkerbund Anträge über ihre militärischen Ausgaben zu unterbreiten. Es soll ferner eine internationale Konferenz einberufen werden, die das maritime Abkommen

von Washington auch auf die Mächte ausdehnt, die es nicht unterzeichnet haben. Die Konferenz soll zusammenzutreten sein und Verhandlung der panamerikanischen Konferenz in Santiago.

Der Völkerbundrat nahm am Donnerstag vormittag in öffentlicher Sitzung den Bericht des Vorsitzenden des Interparlamentarischen Ausschusses Lord Balfour entgegen. Der französische, der italienische und der englische Vertreter teilten mit, daß ihre Regierungen mit Oesterreich wegen Abschluß von Handelsverträgen in Unterhandlungen stehen. Darauf sprach Dr. Seipel dem Völkerbund sein Vertrauen und seinen Dank aus.

Die französische Kammer über die Schiffahrt-Konvention.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer hat sich am Donnerstag mittag mit dem Beschlusse beschäftigt, der die französische Zustimmung zu der am 22. Februar 1923 in Dresden zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, England und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Schiffahrt-Konvention vorseht. In der Aussprache führte Abgeordneter Guérand aus, die deutsche Regierung habe vor dem Kriege mit der Durchführung eines Programms der Entwicklung der Wasserwege in Deutschland begonnen, das während der Feindfeindschaft tätig gefördert worden ist und heute auf dem Wege des endgültigen Abschlusses steht. Dieses Programm, das den Zweck verfolgt, dem Ruhrgebiet ein vollendetes Netz von Verbindungen nach ganz Deutschland hin zu schaffen und die englische Kohle endgültig vom deutschen Markt zu vertreiben, werde Deutschland nicht weniger als 2, Milliarden Goldmark gekostet haben, die ebenso wie die 7 Milliarden, die für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte beigesteuert worden seien, eigentlich zu Reparationszwecken hätten verwendet werden müssen. Der Berichterstatter Abgeordneter Sibille schloß sich diesen Ausführungen an und unterließ im weiteren den internationalen Charakter der Abbe, die der Tschechoslowakei einen Zugang zum Meere verschaffen soll. Der Redner redet mit Verwunderung der Wirtschaftslage in mehreren europäischen Ländern, wenn man ihnen einen für Schiffe von über 1000 Tonnen ausnahmslos Wasserweg zur Verfügung stelle. Es handele sich um ein Problem, das man nicht auch die in Frankreich geplanten Verbindungen vom Rhein zur Rhone, vom Rhein zur Seine, sowie das Saargebiet und das Moselgebiet mit dem nordfranzösischen Wasserweg, gegebenenfalls auch mit dem Hafen von Antwerpen für Schiffe von 1000 Tonnen bis 1200 Tonnen einrichten soll. Was die Bestimmungen der Schiffahrt-Konvention anlangt, so sichert sie die Freiheit der Schiffahrt auf den Flüssen und damit auch das tschechoslowakische Geschäftsgeheimnis und mäßigt die Beziehungen Frankreichs zu der alliierten Tschechoslowakei. Die Kammer nahm den Beschlusse an.

Die Lage inusanne.

Der Sonderberichterstatter der Koinstanz Gazdas meldet aususanne: Die vorgehende festgehaltene Spannung hielt am Donnerstag an. Die allgemeine verbreitete Meinung geht dahin, daß die Friedensbedingungen in den letzten Stunden sich merklich gebessert haben. Viele glauben sogar, der Friede könne innerhalb sehr kurzer Zeit unterzeichnet werden.

Der 1. Ausschluß der Vansanner Konferenz trat Donnerstag vormittag zu der angeordneten Sitzung über die Meerengenfrage unter Beteiligung der russischen Abordnung zusammen. Die Sitzung verlief völlig ergebnislos. Herr Palko erklärte, daß die Türkei dadurch dem Frieden ein großes Opfer bringe, daß sie den Grundlag der Öffnung der Meerengen für die Handelsschiffe, unter gewissen Bedingungen auch für die Kriegsschiffe angenommen habe. Die Hauptvoraussetzung hierfür sei, daß im allgemeinen keine Beschränkung der Seestreitkräfte vorgenommen und daß auf Balkan eine türkische Garnison belassen werde. Thälischerin protestierte lebhaft gegen die systematische Ausschaltung der russischen Abordnung bei den Beratungen über die Meerengenfrage. Das Projekt für die Meerengenabkommen sei daher einfach der Ausdruck eines fremden Willens, den man in Ruhe lassen wolle. Für Russland bleibe also die ganze Frage ungelöst. Auf die Einzelheiten des Projektes eingehend, schlug er vor, daß die Seestreitkräfte, die die fremden Mächte im Schwarzen Meer unterhalten, nicht den Durchgang der Seestreitkräfte der Uferstaaten überschreiten dürften. Lord Curzon legte eingehend die Gründe dar, aus denen eine Beschränkung des türkischen Heeres in Thrakien und das Verbot einer Garnison in Gallipoli notwendig sei, und machte Thälischerin für das Fernbleiben der russischen Abordnung von den Verhandlungen verantwortlich. Das Meerengenprojekt spiegelt im übrigen im größten Teil, ausgenommen einzelne Bestimmungen, auch die türkische Auffassung wider. Die alliierten Mächte wünschten lebhaft, daß Russland das Abkommen unterzeichnete, beständen aber nicht darauf, es den Russen auszuwingen. Thälischerin beharrte bei seinen Einwendungen und verlas eine Erklärung, in der die russisch-ukrainisch-georgische Delegation feststellte, daß das Meerengen-Abkommen die Sicherheit und die Lebensinteressen dieser drei Länder bedroht und ihnen und den anderen Völkern neue Gefahren bringt. Die russisch-ukrainisch-georgische Abordnung ist davon überzeugt, daß das türkische Volk durch eine Fortsetzung des Kampfes sich von den gegenwärtigen Friedensbedingungen befreien könne, und sie weist darauf hin, daß der Vertrag von Ankara zwischen der Türkei und der Ukraine, der Artikel 1 des Moskauer Vertrags vom 18. März 1921 zwischen Russland und der Türkei, sowie der Vertrag von Kars zwischen der Türkei und der transkaukasischen Republik jeden Teil verpflichtet, keinen Friedensvertrag und keinen internationalen Akt anzuerkennen, der dem anderen Teile ausgenommen würde. Aus allen diesen Gründen lehne die russisch-ukrainisch-georgische Abordnung das Projekt der einladenden Mächte ab und bestimme ihren hartnäckigen Widerstand gegen die dadurch zum Ausdruck kommende Politik. Die Erklärung schloß mit den Worten: Es besteht gegenwärtig kein Abkommen mit Russland, der Ukraine und Georgien, es gab keine Verhandlungen mit ihnen, nicht einmal Versuche zu Verhandlungen. Unter diesen Umständen ist von keiner Entscheidung in der Meerengenfrage die Rede. Es gibt keine Entscheidung und wird nie eine Entscheidung ohne Russland geben. Wenn das Abkommen ohne Russland, die Ukraine und Georgien unterzeichnet wird, behalten diese Länder völlige Handlungsfreiheit. Selbst wenn gewisse Mächte dieses Abkommen ohne Russland, die Ukraine und Georgien unterzeichnen, bleibt die Meerengenfrage unerledigt. Nachdem Lord Curzon nochmals den Wunsch ausgesprochen hatte, daß Russland sein Interesse an der Unterzeichnung erkennen möge, wurde die Sitzung geschlossen.

Sächsischer Landtag.

Il. Dresden, 1. Februar 1923.
Den ersten Punkt der Tagesordnung der 14. Sitzung bildet die Beratung über den Beschlussewurf über eine Erhöhung der Grundsteuer.
Finanzminister Seidel begründet die Vorlage: Die bittere Not des Landes und der Gemeinden nötigt mich, vom Landtag zu fordern, daß die Grundsteuer den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt wird. Sie werden sich aber darauf gefaßt machen müssen, daß außerdem eine Erhöhung

der Stempel- und der Schenksteuer notwendig werden wird. Sie denken mit einer beträchtlichen Höhe der Grundsteuer auszukommen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen eine erfreuliche Mitteilung machen: Die haben heute die erste Serie von Grundsteuerbescheidungen ausgestellt, was ein Zeichen ist, daß die Mächte sich dem Beschlusse wieder zuwenden, weil die Mächte sich dem Beschlusse wieder zuwenden, weil die Mächte sich dem Beschlusse wieder zuwenden.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Herr Seidel (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schenkungswert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Ertragswerte eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfange auf die Konsumgüter abgewälzt werden und die Höhe werde eine weitere Verzerrung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die kleinen Kleinrentner geschädigt, das bedeute eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Das Grubenunglück in Oberschlesien.

Aus Wenschen wird gemeldet: Die Bergungsarbeiten auf der Grube wurden ohne Unterbrechung fortgesetzt. Die Zahl der Toten erhöhte sich auf 118, vermisst werden noch 24 Mann. Von den in das Rettungsstollenwerk eingeleiteten konnten bis jetzt 109 entlassen werden. Ueber die Entstehungsurache des Unglücks ist bis jetzt noch nichts ermittelt.